der japanische Hauptmann Nakamura auf einer Dienstreise in der Mandschurei von chinesischen Soldaten verschleppt und erschossen, obwohl er mit den notwendigen Ausweisen der chinesischen Regierung versehen war. Der Fall ist auch heute noch ungeklärt.

All diese Vorfälle geben aber noch immer keine ausreichende Erklärung dafür ab, daß sich Japan entschloß, einen Krieg heraufzubeschwören. Die wahren Ursachen dieser kriegerischen Handlungen liegen viel tiefer. In China ist man fest davon überzeugt, daß Japan um jeden Preis die Einigung Chinas verhindern will. Dies wäre durchaus verständlich, denn ein geeintes China mit seinen fast 500 Millionen Einwohnern bedeutet nicht nur in militärischer Hinsicht, sondern auch wirtschaftlich für Japan eine ernste Gefahr.

Japan ist heute schon nicht groß genug, um seine schnellwachsende Bevölkerung ernähren zu können. Es ist auf die Rohprodukte Chinas und auf die Ausfuhr japanischer Waren nach China angewiesen.

Auch die japanischen Wirtschaftsinteressen in diesem Gebiet sind außerordentlich groß. Im Laufe der letzten Jahre wurden dort mehrere Milliarden Yen investiert. Die japanische Oeffentlichkeit betrachtet darum die Mandschurei als das gegebene Kolonisationsgebiet. China will natürlich Japans Kolonisationsbetrieb in der Mandschurei nicht zulassen. Es versucht auf jede nur mögliche Weise, ihnen einen Damm entgegenzusetzen. Natürlich konnte es bisher bei den ständigen Unruhen im Innern des Landes Japan keinen entschlossenen Widerstand entgegenstellen. China blieb nur das eine übrig, durch eine Boykottbewegung dem japanischen Handel und der japanischen Industrie einen möglichst großen Schaden zuzufügen. Japan ist jedoch entschlossen, diesem Boykott entgegenzutreten, selbst mit der Waffe in der Hand.

Ob nun Japan sein Ziel erreichen wird, ist noch fraglich. Feststeht nur so viel, daß im Falle eines Krieges weder Japan und China noch die übrige Welt etwas gewinnen könnte. Ein Krieg im Fernen Osten wird nur den mühsam aufgebauten Welthandel noch mehr abdrosseln und katastrophale Folgen auch für die europäischen und amerikanischen Exportländer zeitigen.

D. D.

* * *

Fruchtlose Beratungen

Die japanische Sabotage

T. Genf, 24. September. (Eig. Funk.)

Die am Mittwoch abend abgehaltene Geheimsitzung des Völkerbundes dauerte fast drei Stunden. Der japanische Vertreter weigerte sich wiederum, über den Stand der Erörterungen in der Mandschurei genaue Angaben zu machen. Der Rat ging nach einer längeren Auseinandersetzung zwischen dem japanischen und dem chinesischen Vertreter über die beiderseitigen militärischen Maßnahmen schließlich ohne Stellungnahme zu den Erörterungen auseinander. Er wird heute den ganzen Tag seine Beratungen fortsetzen.

Die Stellung Japans zu den Vorgängen in der Mandschurei ergibt sich aus Erläuterungen des japanischen Ratsmitgliedes vor Journalisten nach der geheimen Sitzung des Rates. Danach werde **die japanische Regierung alles tun, um den Konflikt zu lokalisieren. Aber sie müsse den Schutz ihrer Interessen unbedingt durchführen,** d. h. daß Japan in seiner Besetzungsaktion bereits zu weit gegangen ist und jetzt dem Druck des Völkerbundsrates aus Prestigegründen nicht ohne weiteres weichen kann. Im andern Falle fürchtet es allem Anschein nach, daß seine großen Investierungen in der Mandschurei verlorengehen könnten. Es scheint im Augenblick nur möglich zu sein, die Besetzung der südlichen Mandschurei rückgängig zu machen, wenn Amerika und England gemeinsam intervenieren. Von Rußland erfährt man, daß es vorläufig eine abwartende Haltung einnimmt. Falls aber die Besitznahme der Mandschurei durch Japan vom Völkerbundsrat nicht verhindert werden sollte, dürfte Rußland unter dem gleichen Vorwand wie Japan den Süden der Mandschurei besetzen. Jedenfalls wird die Kriegsgefahr im Osten immer drohender.

Völkerbundstelegramme nach Ostasien

T. Genf, 23. September. (Eig. Drahtbericht.)

Der Präsident des Völkerbundsrates hat an die Regierungen von China und Japan ein Telegramm gerichtet, das folgendermaßen schließt:

„Ich habe die feste Ueberzeugung, daß, entsprechend dem Appell des Rates, Ihre Regierung alle Maßnahmen ergreifen wird, damit keine Handlung begangen werden kann, welche die Situation verschärfen oder die friedliche Regelung der Streitfrage präjudizieren könnte. Anderseits werde ich die vorgesehenen Verhandlungen mit den hiesigen Vertretern von Japan und China über die Ausführung des zweiten Punktes der Ratsentscheidung beginnen. Für diese Beratungen habe ich mich der Mitarbeit der Vertreter von Deutschland, England, Frankreich und Italien versichert. Die Mitteilung an die Regierung der Vereinigten Staaten ist am Dienstag erfolgt."

Der Mittwoch-Vormittagssitzung des Rates lagen wiederum Meldungen aus Nanking vor, nach denen die Besetzung der Mandschurei durch japanische Truppen fortgesetzt wird.

Japans Kriegsminister erklärt . . .

Tokio, 23. September. (Eig. Drahtb.)

Der japanische Kriegsminister äußerte zu der Aufforderung des Völkerbundes, die japanischen Truppen diesseits der Zone der südmandschurischen Eisenbahn zurückzuziehen, daß Japan bereit sei, dies zu tun, „sobald die Umstände es erlauben". Der Minister fügte hinzu, daß Japan das Recht habe, 16 500 Mann längs der südmandschurischen Eisenbahn zu stationieren, während zur Zeit die Zahl der Truppen nur 14 000 betrage.

Keine Besetzung von Charbin?

P. Paris, 24. September. (Eig. Funk.) **Der Petit Parisien meldet aus Schanghai, daß Japan darauf verzichtet hätte, Charbin zu besetzen. Es wolle sich damit begnügen, die erste Station der ostchinesischen Eisenbahn, die einige Kilometer nördlich von Schangschun liegt, zu besetzen.**

Amerikas Weigerung

Keine Beteiligung an einer Aktion gegen Japan

T. Genf, 23. September. (Eig. Drahtb.)

Amerika, das durch seinen Gesandten in Belgien, Wilson, an den Beratungen des Rates teilnimmt, hat sich bisher geweigert, auf Japan ebenfalls einen Druck auszuüben bzw. sich an der Entsendung einer Militärkommission in die Mandschurei zu beteiligen. China beabsichtigt deshalb, nunmehr den Rat auf Grund des Artikels 15 des Völkerbundspaktes anzurufen. Der Rat könnte auf Grund dieses Artikels eine viel schärfere Entscheidung als bisher treffen.

Beschämend

Wie die KPD. bei den Industriellen schnorrt!

Hamburg, 23. September. (Eig. Drahtb.)

Die Redaktion des Hamburger Echos ist in den Besitz eines Rundschreibens des Verbandes der Eisenindustrie Hamburgs gelangt, aus dem sich ergibt, daß die KPD. industrielle Firmen in aller Form gebeten hat, sich „durch finanzielle Zuwendungen erkenntlich zu zeigen". Das Rundschreiben an die Hamburger Eisenindustriellen hat folgenden Wortlaut:

„Hamburg, 19. September 1931.

An die
Mitglieder des Verbandes der Eisenindustrie
Hamburg.

Nachdem wir von verschiedenen Seiten Mitteilungen erhalten haben über den Versuch der Kommunistischen Partei, für Inserate unserer Mitgliedsfirmen in der kommunistischen Presse zu werben, halten wir es für notwendig, unsere Mitgliedsfirmen auf diese Vorgänge aufmerksam zu machen. Der letzte uns gemeldete Vorfall, der uns für das Vorgehen der Abgesandten der Kommunistischen Partei typisch erscheint, wird uns von der betreffenden Mitgliedsfirma folgendermaßen geschildert:

„Wir erhielten heute von zwei Vertretern der kommunistischen Parteizentrale Hamburg, mit Namen Schröder und Koch (in einem anderen uns gemeldeten Fall wird der Name Schmidt genannt), einen Besuch, in dem sie um eine persönliche Unterredung mit unserem Herrn Direktor R. ersuchten. Die Aussprache war interessant genug, um Ihnen gemeldet zu werden.

Die Besucher verwiesen auf unsre belangreichen Russenaufträge und glaubten daraus den Anspruch herleiten zu dürfen, daß die Firma sich durch Zuwendungen an die kommunistische Parteizentrale erkenntlich zeige. Als dies rundweg abgelehnt wurde, lenkte man ein und bat um eine Unterstützung für die notleidenden Parteigenossen, die durch die Reichsnothilfe nicht erfaßt würden. Als sie auch damit kein Glück hatten, baten sie um einen Angeigenauftrag für ihre Parteizeitung und verwiesen auf die namhaften Unterstützungen, die ihnen aus Industriekreisen, besonders auch von der Vomag in Plauen, zugeflossen seien.

Aber auch hier am Ort würden sie von industrieller Seite unterstützt. Als Herr R. um Namhaftmachung der betreffenden Firmen bat, bedauerten sie, die Firmen aus bestimmten Gründen nicht nennen zu dürfen."

Der Verband der Eisenindustrie Hamburgs bemerkt zu **diesem Brief der betreffenden Mitgliedsfirma, daß er es für erforderlich halte, seine Mitgliedsfirmen über diese Vorgänge zu** unterrichten. Das Rundschreiben ist unterzeichnet: „Verband der Eisenindustrie Hamburg. gez. Dr. Nietzsche."

Dieses Dokument verbürgt den unwiderlegbaren Beweis für die schändliche Rolle der KPD., die bei Industriellen um Gelder schnorrt. Wollen die Kommunisten behaupten, daß sie den reaktionären Kapitalisten gegenüber, die in die KPD.-Kasse zahlten, künftig noch die nötige „Unbefangenheit" haben?!

Massenhinrichtungen in Mexiko

In der Ortschaft Aguadulce im Staate Tabasco wurden 85 Einwohner im Zusammenhang mit der Lynchung des Ortsbürgermeisters standrechtlich erhängt. Die Hinrichtung erfolgte auf Anordnung des Staatsgouverneurs.

Das gestörte Gleichgewicht

Der Kapitalismus: „Jetzt wird's brenzlicht"

Internationale für Rüstungsstillstand

P. Paris, 24. September. (Eig. Funk.)

Der Präsident der Sozialistischen Arbeiterinternationale, Vandervelde, und der Generalsekretär Friedrich Adler, die am Mittwoch in Paris eine Besprechung hatten, haben an den Völkerbund **ein Telegramm gerichtet,** in dem sie im Namen des Vorstandes der Internationale die **Durchführung eines Rüstungswaffenstillstandes verlangen.**

In dem Telegramm heißt es, daß die Annahme dieses Planes natürlich keineswegs der Hauptfrage der Abrüstung oder der Verringerung der Rüstungen vorgreifen solle, die die Konferenz im nächsten Jahre zu lösen habe.

Aber der Rüstungswaffenstillstand würde eine für den Erfolg der Konferenz viel günstigere Atmosphäre schaffen, er **würde gewisse Staaten daran hindern, das Ergebnis der Konferenz dadurch illusorisch zu machen, daß sie vor ihrem Beginn zu übertriebenen Rüstungen schreiten.** Er würde ferner verhindern, **daß Summen, die zur Abwendung der Folgen der Wirtschaftskrise notwendig sind, für Rüstungszwecke vergeudet werden,** und er würde dazu beitragen, **die Vorbedingungen für eine neue Regelung der Kriegsschulden und der Reparationslage zu schaffen.**

Dem Völkerbund biete sich damit die Gelegenheit, den Völkern **den wahren Willen zur Abrüstung zu zeigen** und zu verhindern, daß inmitten der furchtbarsten Wirtschaftskatastrophe neue Milliarden für den Militarismus geopfert werden. Die Arbeiterklasse werde ihren Einfluß in allen Ländern dahin ausüben, daß der Rüstungswaffenstillstand durchgeführt werde.

Beratungen des Reichskabinetts

D. Berlin, 24. September. (Eig. Funk.) Die Fragen, mit denen sich das Reichskabinett heute und morgen beschäftigen wird, sind in erster Linie: Die Zusammenlegung der Krisenfürsorge und der kommunalen Arbeitslosenfürsorge unter Entlastung der Städte, die jetzt 60 Prozent des Kostenaufwandes dieser beiden Fürsorgearten tragen. Ferner die Siedlungsfrage, und zwar sowohl die eigentliche bäuerliche Siedlung als auch die im Umkreis der Städte geplante Arbeitslosensiedlung. Verhandlungen zwischen dem Reichsarbeitsministerium und dem Finanzministerium über diese Fragen haben ergeben, daß der Reichsfinanzminister zur Durchführung der Siedlungen zunächst einen monatlichen Betrag von rund 20 Millionen Mark auf ein Jahr hinaus zur Verfügung stellt. Einer der Hauptpunkte der heute beginnenden Kabinettsberatungen wird ferner das Problem der Hauszinssteuer sein. Ihre Herabsetzung soll nach einem Vorschlag der Ressorts auf 25 Prozent beschränkt bleiben. Das würde für die Mieten eine Entlastung um etwa 11 Prozent bedeuten. Der Ausfall an Hauszinssteuermitteln soll durch die Verminderung der öffentlichen Mittel durch Wohnungsbauzwecke wettgemacht werden. Außerdem wird sich die Reichsregierung mit der Aufrückungssperre für Reichsbeamte, der Herabsetzung der Höchstpensionen von 80 auf 75 Prozent des zuletzt bezogenen Gehaltes, der Regelung der Naturalbezüge, der Justizreform mit dem Ziel weitgehender Ersparnisse, der Einsetzung von Sondergerichten zur beschleunigten Aburteilung von Terrorfällen, der geschäftlichen Mißwirtschaft und des Steuerbetrugs beschäftigen.

Die beschlossenen Maßnahmen werden in einer Notverordnung in Kraft gesetzt werden, deren Veröffentlichung nicht vor Beginn der kommenden Woche zu erwarten ist.

Börsenschluß bis zum Wochenende

D. Berlin, 24. September. (Eig. Funkspr.)

Die Vorstände der deutschen Börsen haben am Mittwoch nach vielstündigen Beratungen beschlossen, **die deutschen Börsen bis Ende dieser Woche geschlossen zu halten.**

Amtlich wird dazu mitgeteilt: In dieser Woche findet eine Notiz von Wertpapieren und Devisen an der Berliner Börse nicht statt. Der freie Handel in diesen Werten ist nicht zulässig. Devisenkurse werden in der Reichsbank festgestellt werden. Die Notierungen an der Metallbörse werden am Donnerstag, dem 24. September, wieder aufgenommen werden.

Zweierlei Rechte in Braunschweig

Braunschweig, 23. September. (Eig. Drahtb.)

Der Nazi-Minister Klagges reiht trotz seiner kurzen Amtstätigkeit bereits eine Provokation an die andere. Eine Reichsbannerkundgebung wurde verboten, aber am letzten Sonntag konnte in der Stadt Braunschweig der Aufmarsch der SA. stattfinden. Für den Montag war ein Werbeumzug der Reichsbannerjugend genehmigt, der allerdings eine Stunde vor Beginn wegen „Gefährdung der Ordnung und Sicherheit" wieder verboten wurde. Für Dienstag hat Minister Klagges jedoch einen Stahlhelmumzug wieder genehmigt.

In Braunschweig dürfen sich also Republikaner nicht mehr auf den Straßen zeigen.

So lügen sie!

Nicht Mord an einem Nazi, sondern Unglücksfall

D. Schwerin, 23. September. (Eig Funkspruch.) Die Nationalsozialisten hatten vor einigen Tagen die Behauptung aufgestellt, ihr SA.-Mann Wittenburg aus Zarrentin sei von politischen Gegnern ermordet worden. Das nationalsozialistische Blatt in Schwerin ging sogar soweit, zu erklären, dieser SA.-Mann sei von der Mordgier wildgemachter Fanatiker gemeuchelt worden, und aus seinen Gebeinen würden bald die Rächer erstehen.

Die amtliche Untersuchung, die sowohl von dem rechtsorientierten Oberstaatsanwalt Henning als auch von den Beamten der Landeskriminalpolizei und des Landesgesundheitsamtes geführt wurde, hat einwandfrei ergeben,

daß weder ein Mord noch eben ein politischer Mord in Betracht komme, sondern daß Wittenburg das Opfer eines tragischen Unglücksfalles geworden sei.

Die Nationalsozialisten können sich jedoch nicht zu dieser Meinung bekennen, sie werfen deswegen mit Schmutz nach denjenigen, die diese amtliche Untersuchung durchgeführt haben, und erklären, die amtlichen Kreise hätten diese angebliche Mordtat verschleiert. Die Redakteure einer hiesigen Zeitung, die sich erlaubten, das Verderbliche des nationalsozialistischen Mordgeschreies anzuprangern, wurden von dem nationalsozialistischen Gauleiter, Reichstagsabgeordneten Hildebrand, als der Unterstützung „marxistischer Mordtaten" bezichtigt.

Auf das Ende dieses Streites darf man einigermaßen gespannt sein. Die Nazis haben im bombastischen Ton erklärt, sie würden in den nächsten Tagen, nachdem ihr SA.-Mann beerdigt sei, das Beweismaterial dafür erbringen, daß Wittenburg tatsächlich ermordet worden sei. Uebrigens ist schon im Frühjahr dieses Jahres von den Nationalsozialisten die Behauptung aufgestellt worden, eines ihrer Mitglieder sei ermordet worden. Damals wurde aber festgestellt, **daß dieser Nationalsozialist seinem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht hatte.**

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19310924/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG